



Neues aus dem Landtag

Feb. 2020



Rüdiger Kauroff ist Landtagsabgeordneter für Garbsen und die Wedemark. Er betreut zusätzlich Isernhagen und Langenhagen. Seit 2017 setzt er sich für Ihre Interessen im Niedersächsischen Landtag ein. **Rüdiger Kauroff** ist Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Digitales sowie Mitglied im Petitionsausschuss. Darüber hinaus ist er Ständiger Vertreter im Innenausschuss und Sprecher für Feuerwehr- und Katastrophenschutz seiner Fraktion.

Was ist im Februar in Niedersachsen und im Wahlkreis passiert?

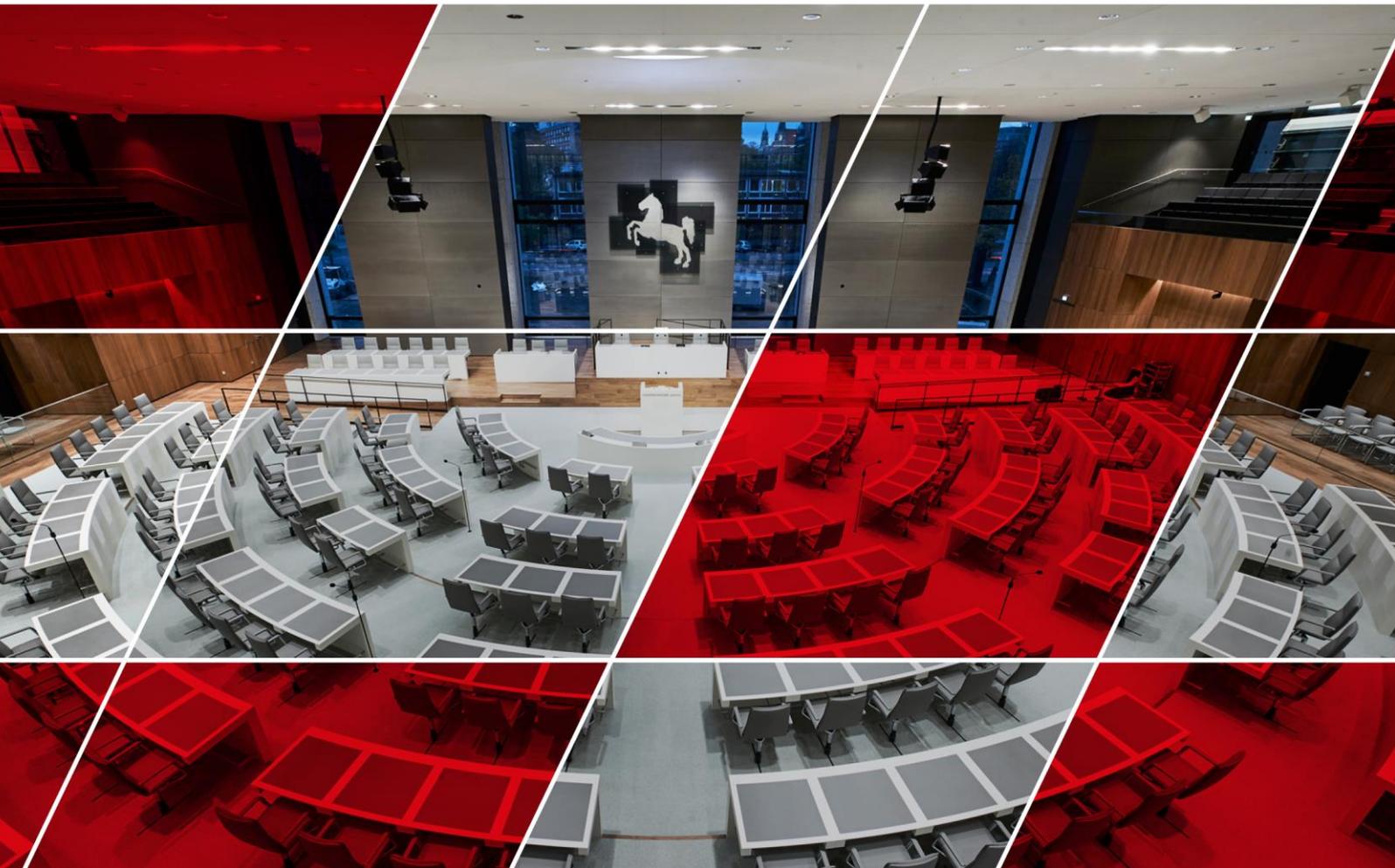
Neues aus dem Plenum

Digitalisierung als Chance nutzen – Arbeit 4.0 sozial gestalten!

Mein Statement zum Vorschlag zur Gründung einer landeseigenen Wohnungsbaugesellschaft

Grant-Hendrik Tonne zu Besuch in Garbsen

Mein Statement zur Unterrichtsversorgung in Niedersachsen



Liebe Genossinnen und Genossen,

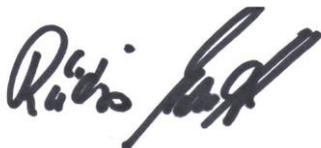
Liebe Freunde*innen,

wir verurteilen die schrecklichen Ereignisse von Hanau aufs Schärfste und stehen an der Seite der Betroffenen und Hinterbliebenen. Dieser rechtsextrem motivierte Terrorangriff war ein Angriff auf unsere Demokratie. Taten werden erst denkbar, dann sagbar und schließlich machbar. Dieser Entwicklung gilt es klare Kante zu zeigen und diese zu bekämpfen! Wir lassen uns von diesen Taten jedoch nicht spalten und wir halten als Demokratinnen und Demokraten noch enger zusammen. Dies zeigten auch die vielen Teilnehmenden der Mahnwachen in zahlreichen Städten.

Das starke Ergebnis der Bürgermeisterwahl in Hamburg zeigt deutlich: wir gewinnen Wahlen, wenn wir auf unsere eigenen Themen setzen und diese mit Fachkompetenz auch wirklich umsetzen. Die SPD benötigt vertrauenswürdige Personen, die nah an den alltäglichen Problemen der Bürgerinnen und Bürgern sind und diese auch lösen.

Im Landtag haben wir mit unserer Aktuellen Stunde zum Thema „Rettet die 112 - Reform der Notfallversorgung nicht gegen Land und Kommunen“ die kommunalen Rettungskräfte gestärkt und versuchen diese vor Überbelastung zu schützen. Dieses Thema liegt mir als Sprecher für Feuerwehren, Rettungsdienste und Katastrophenschutz der SPD Fraktion im niedersächsischen Landtag besonders am Herzen. Durch meine jahrelange Erfahrung im aktiven Feuerwehrdienst kenne ich die Probleme und Sorgen rund um das Thema. Viele, vor allem ehrenamtliche Rettungskräfte, stehen leider vor einer sehr großen Belastung, die es von Seiten der Politik zu verringern gilt! Wir unterstützen die Forderungen der Kommunen, dass ein Kompetenzverlust der Kommunen bei gleichzeitigen höheren Ausgaben für das Land Niedersachsen nicht zu akzeptieren sind. Deshalb lehnen wir die Initiative auf Bundesebene zur Reform der Notfallversorgung ab.

Viel Spaß beim Lesen wünscht euch euer



Digitalisierung als Chance nutzen – Arbeit 4.0 sozial gestalten!

Die SPD-Landtagsfraktion hat zu einem hochkarätigen Experten*innendialog eingeladen, um die Chancen und Risiken der Digitalisierung sowie die Auswirkungen auf die Arbeitswelt zu diskutieren. Die Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion Johanne Modder erklärt anlässlich dieser Veranstaltung: „Neben einer flächendeckenden digitalen Infrastruktur bleibt für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten die Gestaltung der Arbeitsbedingungen im digitalen Wandel ein zentrales Aufgabenfeld. Es gilt, die Potenziale digitaler Produktion und smarterer Dienstleistungen so auszuschöpfen, dass sie auch den Bedürfnissen der Beschäftigten gerecht werden. Im Zentrum der sozialdemokratischen Politik steht das Leitbild ‚Gute Arbeit‘ und der aktive Gestaltungswille von Arbeiten 4.0.“

Damit dieser Wandel gelingt, setzt sich die SPD-Landtagsfraktion dafür ein, die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer stärker in den Mittelpunkt der Digitalisierungspolitik zu stellen. Hierzu bedarf es auch einer Strategie, die die Rahmenbedingungen für eine zeitgemäße



Arbeitsgestaltung schafft und dabei Mitbestimmungs- sowie Beteiligungsrechte der Beschäftigten in der digitalen Gesellschaft sichert.

„Auch in Zeiten der Digitalisierung und der Transformation der Arbeitswelt sind die Gewerkschaften aus unserer Sicht zentrale Sozialpartner für die Gewährleistung guter und fairer Arbeitsbedingungen. Im digitalen Wandel brauchen wir mehr Sozialpartnerschaft und mehr Tarifbindung“, erklärt der SPD-Landtagsabgeordnete, Rüdiger Kauroff. „Es müssen mehr Tarifverträge für ganze Branchen verbindlich gemacht werden. Dafür fordern wir, das Vetorecht der Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber bei Allgemeinverbindlichkeitserklärungen von Tarifverträgen – wie zuletzt in der Reinigungsbranche – abzuschaffen.“

Zur Stärkung der Tarifbindung müssen vor allem die Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen und die kollektive Fortgeltung bei Umstrukturierungen, Betriebsänderungen und Tarifflicht sowie die Nachwirkung von Tarifverträgen verbessert werden“, so Kauroff weiter. „Diese Forderungen sind für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ein zentraler Schlüssel für gute Arbeit. Im Rahmen der Digitalisierung in der Arbeitswelt werden feste Rahmenbedingungen für die Beschäftigten immer wichtiger.“

Kauroff macht in diesem Zusammenhang deutlich, dass im Kontext der Digitalisierung die Frage des Home-Office, der Nichterreichbarkeit, des Co-Working, aber auch die Einhaltung von Arbeits- und Sozialstandards zentrale Diskussionspunkte sein müssen.

Johanne Modder ergänzt: „Zentrales Element, um den Erfolg der Digitalisierung zu gewährleisten, ist auch eine Stärkung des lebenslangen Lernens. Die Herausforderungen durch die Digitalisierung machen deutlich, dass es einen immensen Bedarf der Mitarbeitenden-Weiterbildung gibt. Vor diesem Hintergrund fordert die SPD, dass ein Recht auf betriebliche Weiterbildung auf Kosten des Arbeitgebers im Betriebsverfassungsgesetz gesetzlich verankert wird. Um den Fort- und Weiterbildungsgedanken gerade im Kontext der Digitalisierung zu unterstützen, ist zudem die Ausweitung des Anspruchs auf Bildungsurlaub um zusätzliche fünf Tage ‚Bildungsurlaub Digital‘ denkbar“. Die SPD-Fraktionsvorsitzende weiter: „Das am 1. Januar 2019 in Kraft getretene Qualifizierungschancengesetz ist ein Meilenstein – es verbessert die Weiterbildungsförderung jener Beschäftigten, deren berufliche Tätigkeiten durch Technologien ersetzt wurden.“

Abschließend machen die SPD-Politiker deutlich: „Gute Arbeit und Digitalisierung schließen sich nicht aus. Sie sind jedoch auch kein Automatismus, sondern müssen aktiv zusammengeführt und entsprechende Rahmenbedingungen gesetzt werden. Wir werden die Arbeitsbedingungen der Zukunft nicht den freien Kräften der Wirtschaft überlassen, sondern die Digitalisierung und Transformation der Arbeitswelt mit Sozialpartnern, Wissenschaft und Wirtschaftskammern aktiv gestalten. Zusammen mit den Gewerkschaften beanspruchen wir die Gestaltungshoheit für ‚Gute Arbeit‘ in Niedersachsen und fordern daher die Entwicklung eines eigenen niedersächsischen Masterplans für ‚Gute Arbeit 4.0‘.“

Mein Statement zum Vorschlag der Gründung einer landeseigenen Wohnungsbaugesellschaft

„Wir begrüßen ausdrücklich den Vorstoß des SPD-Landesverbandes zur Gründung einer landeseigenen Wohnbaugesellschaft. Mit Blick auf die derzeitige Entwicklung des niedersächsischen Wohnungsmarkts kann eine Landeswohnbaugesellschaft ein wichtiger Baustein sein, um verlässlich neuen Wohnraum in unserem Bundesland zu schaffen.

Im preislichen Überbieten der privaten Akteure auf dem Wohnungsmarkt kann sich das Land durch eine Wohnbaugesellschaft aktiv für bezahlbaren und preisgünstigen Wohnraum einsetzen.

Als Ergänzungsstück zu genossenschaftlichen und kommunalen Wohnungsunternehmen kann eine landeseigene Gesellschaft der drastischen Entwicklung auf dem Wohnungsmarkt entgegenwirken. Anders als private Unternehmen, die auf Profitmaximierung aus sind, verfolgt eine Landeswohnbaugesellschaft jenes Ziel nicht und kann glaubhaft bezahlbaren, öffentlichen Wohnungsbau betreiben. Mit dem Schritt einer eigenen Landeswohnbaugesellschaft würde die SPD-geführte Landesregierung ihre Ambitionen im Bereich der Schaffung von bezahlbarem Wohnraum glaubhaft untermauern.“

68.000 Euro Fördergeld (Digitalpakt) für die Grundschule Stelingen

Garbsen – Dass die Stadt Garbsen eine Stabstelle für Medienentwicklungsplanung eingerichtet hat, zeigt erste Früchte.



Der niedersächsische Kultusminister Grant Hendrik Tonne hat der Grundschule Stelingen als eine der ersten Schulen in Niedersachsen einen Förderbescheid in Höhe von rund 68.000 Euro aus Mitteln des Digitalpakts überreicht. Mit dem Geld sollen digitale Präsentationsgeräte für den Schulneubau angeschafft werden.

2008 hatte die Stadt erstmals einen Medienentwicklungsplan aufgestellt. „Damals ging es noch darum, Schulen mit Computern auszustatten – heute sind wir natürlich sehr viel weiter“, betonte Schul- und Sozialdezernentin Monika Probst bei der Überreichung des Bescheids. Insgesamt sind aus Mitteln des Digitalpakts für die 16 Schulen in Garbsen Gelder in Höhe von rund drei Millionen Euro vorgesehen. „Die neuen Medien können im Unterricht für mehr Individualisierung und Differenzierung sorgen. Dabei wandelt sich die Rolle des Lehrers vom Wissensvermittler zum Lernbegleiter“, so Probst.

Nachdem Kinder und Lehrer der Grundschule Stelingen dem Minister sowie den weiteren Teilnehmern, darunter dem Landtagsabgeordneten Rüdiger Kauroff, eindrucksvoll vorgeführt hatten, wie sicher sie bereits im Umgang mit der modernen Technik



sind, betonte der Kultusminister, dass technische Errungenschaften längst im Alltag der jungen Menschen angekommen seien. Es ginge beim Ausbau der Schulen mit digitaler Technik jedoch nicht um eine reine Glorifizierung der modernen Medien. „Es gilt das Primat der Pädagogik, nicht der Technik. Technik ersetzt nichts, sondern unterstützt das Lernen lediglich“, so Tonne.

Quelle <https://garbsen-city-news.de/aktuelles/68-000-euro-foerdergeld-digitalpakt-fuer-die-grundschule-stelingen/>

Mein Statement zur Unterrichtsversorgung in Niedersachsen

„Die von Kultusminister Grant Hendrik Tonne bekanntgegebene durchschnittliche Unterrichtsversorgung von 99,6 Prozent ist ein guter Wert. Wir freuen uns, dass bis jetzt 86 Prozent der ausgeschriebenen Stellen besetzt worden sind und mehr Lehrkräfte eingestellt werden konnten, als aus dem Dienst ausscheiden. Im Vergleich zum Schuljahr 2018/2019 wurde eine Verbesserung von 0,2 Prozentpunkten erreicht.

Es zeigt sich weiterhin, dass das Gymnasium die bestversorgteste Schulform bleibt und gerade im Bereich der Haupt-, Real- und Förderschulen weiterer Bedarf besteht. Wir werden gemeinsam mit dem Niedersächsischen Kultusministerium weiter daran arbeiten, auch zukünftig neue Lehrkräfte zu gewinnen und für den Berufszweig zu begeistern. Unser Ziel bleibt dabei eine Unterrichtsversorgung von mindestens 100 Prozent.

Wir begrüßen es ausdrücklich, dass ab dem Schuljahr 2023/2024 Informatik als Pflichtfach an niedersächsischen allgemeinbildenden Schulen im Sekundarbereich I eingeführt wird. Es steht außer Frage, dass die Schülerinnen und Schüler frühzeitig den verantwortungsvollen Umgang mit digitalen Medien und Kommunikationstechnologien erlernen müssen. Das Pflichtfach Informatik kann dabei ein Schlüsselement sein.“

Mein Team im Büro und im Wahlkreis:





Herausgeber

Rüdiger Kauroff, MdL

Wahlkreisbüro: Odeonstraße 15/16, 30159 Hannover

V.i.S.d.P.: Rüdiger Kauroff

Redaktion: Jean Schramke, Alexander Vogel

Fotos: SPD-Fraktion, Grafik: Jan Hartge